

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

10.11.1901 (No. 307)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einschickungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 307.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Wirtschaftskrisis und Einnahmerückschläge.

SRK. Karlsruhe, 9. November.

Die ungünstigen Rückwirkungen des Darniederliegens von Handel und Wandel machen sich, wie verläutet, seit geraumer Zeit in den staatlichen Einnahmen in bedauerlicher Weise geltend. In der Eisenbahnverwaltung hat insbesondere der Rückgang in Güterverkehrs, wie die Monatsausweise über die Ergebnisse der Eisenbahnbetriebsverwaltung erkennen lassen, gegenüber den Vorjahren einen bereits nach Millionen zählenden Ausfall gezeigt, in dem allgemeinen Staatshaushalt sind es vornehmlich die indirekten Steuern (Verbrauchs- und Verkehrssteuern), welche starke Rückschläge aufweisen. Im ersten Halbjahr 1901 wird der Einnahmeausfall an diesen Steuern gegenüber 1900 zu rund 580 000 M. angegeben; hält dieser Rückgang in der zweiten Hälfte des Jahres 1901 in gleicher Weise an, so ist allein bei den genannten zwei Einnahmequellen auf einen Ausfall von über einer Million zu rechnen. In besonders starker Weise tritt die Ungunst der Wirtschaftslage auf dem Holzmarkt zu Tage; nur die Brennholzpreise scheinen ihren Stand zu behaupten, während die Nutzholzpreise um 20 bis 25 Proz. gewichen sind, und wie man hört, die Versteigerungen fast überall einen sehr flauen Verlauf nehmen. Infolge mannigfacher Betriebseinschränkungen zahlreicher Industriebetriebe und der ungünstigen Geschäftsabläufe, mit denen viele Gewerbetreibende und industrielle Gesellschaften sich abzufinden haben werden, wird das Ergebnis des nächsten finanziellen Ab- und Zuschreibens schwerlich in einer für die Finanzen günstigen Weise verlaufen. Während in den letzten sechs Jahren nach den darüber von Zeit zu Zeit in die Öffentlichkeit gebrachten Mitteilungen Jahr um Jahr namhafte Erhöhungen der Steuerkapitalien sich ergeben haben, wird man auf solche in der nächsten Zukunft sich keine großen Erwartungen machen dürfen, da und dort selbst mit Rückgängen in den Katastrierungsresultaten zu rechnen haben. Wenn die unlängst gebrachten Mitteilungen über starke Fehlbeträge, die das nächste Budget aufweisen wird, in einem Teil der Presse dem Tone des Zweifels begegneten, weil, wie in der Vergangenheit, so auch in den nächsten Jahren, die „vorsichtigen“ Einnahmeveranschlagungen im Budget durch die tatsächlichen Rechnungsergebnisse überholt werden würden, so liegt solchen Betrachtungen ein Optimismus zu Grunde, der in den Wirklichkeitsverhältnissen schwerlich eine Stütze findet. Die Situation ist also eine äußerst unerfreuliche, und man kann sich höchstens mit der Hoffnung trösten, daß weil die dermalige Ungunst der Finanzlage wesentlich durch die Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage bedingt ist, mit einer Wendung zum Besseren im Erwerbsleben auch den Staatsfinanzen wieder ein kräftiger Stoß nach aufwärts gegeben werden wird. Sicher aber ist, daß jene Verschlechterung der Finanzlage, wie sie durch die Verfristung von Reichs- und Einzelstaatsfinanzwirtschaft wieder einmal und denkbar unzeitgemäß in die Erscheinung getreten ist, erst durch eine endliche Reform auf diesem Gebiet im Lauf der nächsten Jahre auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden können. In diesem Sinne hat sich, wie über die Revision des Wohnungsgeldtarifs und die damit im Zusammenhang stehende Volksschullehrervorlage vorzuenthalten. In diesem Sinne hat sich, wie feinerzeit die Blätter berichten konnten, bereits im Landständischen Ausschuss bei dessen Tagung im Juni d. J. auch der Finanzminister ausgesprochen. Gespannt aber darf man sein, welche Deckungsvorschläge die Regierung dem nächsten Landtag zur Begleichung des vorhandenen starken Fehlbetrags unterbreiten wird, und ob, wie in Sachsen, wir auch hierzulande vor der Frage einer Erhöhung der direkten Steuern stehen. Daß darüber amtliche Erörterungen schweben, scheint sicher zu sein. Zu einem abschließenden Ergebnis wird man aber wohl erst im Lauf der nächsten Wochen, nach endgültiger Feststellung des Reichsetats, gelangen können.

△ Berlin, 8. November.

Die Meldung, daß bei der Etatsaufstellung in Preußen sich ein Fehlbetrag von 140 000 000 M. ergeben habe,

könnte sich nur auf die erste Gegenüberstellung der von den einzelnen Verwaltungszweigen für den nächstjährigen Etat gemachten Anmeldungen mit den zur Deckung des Ausgabebedarfs vorhandenen Mitteln beziehen. Bei dieser Gegenüberstellung ergibt sich in der Regel ein Fehlbetrag, er erreicht aber naturgemäß eine solche Höhe, wie jetzt, gewöhnlich nicht. Die Aufgabe der kommissarischen Beratungen zwischen dem Finanzministerium und den anderen Verwaltungszweigen, welche auf der Grundlage jener ersten Gegenüberstellung von Deckungsmitteln und Ausgabebedarf stattfinden, ist es, in jagdmäßiger Weise die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahme und Ausgabe vorzubereiten. Gegenwärtig kann dies, abgesehen davon, daß in Bezug auf die Höhe der Materialumlagen die nach der Feststellung des Reichshaushaltsetats sich ergebende Summe an Stelle der vorläufigen Annahme zu treten haben wird, nur im Wege der Einschränkung der Ausgaben erfolgen. Diese Beschränkung in Bezug auf Mehrausgaben muß naturgemäß auch im Ordinarium stattfinden; denn es liegt auf der Hand, daß bei dem minder reichen Fließen einer Reihe wichtiger Einnahmequellen in Bezug auf die Belastung der Staatskasse mit dauernden Mehrausgaben besondere Vorsicht geboten ist. Vor allem aber wird das Extraordinarium die Gelegenheit bieten, Ausgabe und Einnahme im Gleichgewicht zu erhalten. Das Extraordinarium des Jahres 1901 ist bekanntlich in einer bis dahin nie erreichten Höhe ausgebracht worden. Es übersteigt selbst die außerordentlich hohen Extraordinarien der Milliardenzeit, obwohl damals sowohl der Bau neuer Eisenbahnen als die Tilgung von Staatsschulden aus Ueberflüssen durch das Extraordinarium erfolgten. Die planmäßig hohe Dotierung des Extraordinariums der letzten Jahre gewährt nach drei Richtungen hin die Möglichkeit erheblicher Abstriche, ohne deshalb die Bauhätigkeit des Staates gerade in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges in bedenklicher Weise zu verringern. Zunächst sind bei den größeren sich über das laufende Jahr hinaus erstreckenden Bauten die Bauten so reichlich bemessen worden, daß im nächsten Jahre der Bau planmäßig und mit voller Kraft fortgeführt werden kann, auch wenn in dem nächstjährigen Etat nicht neue Baugelder in entsprechender Höhe bewilligt werden können. Sodann ist in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Bauten in allen Verwaltungszweigen in Angriff genommen worden, betreffs deren eine unmittelbare Dringlichkeit noch nicht vorlag, aber mit Sicherheit auf das Eintreten des Baubedürfnisses in absehbarer Zeit zu rechnen war. Dadurch ist die Zahl der dringlichen Baufälle für die nächsten Jahre wesentlich vermindert. Endlich enthalten die Extraordinarien der letzten Jahre, namentlich dasjenige des laufenden Jahres, eine ganze Reihe von Posten, welche in der Folge nicht wiederzuersehen brauchen. Dies gilt namentlich von den großen Zuschüssen zu gewissen Fonds des Ordinariums. So ist unter anderem durch den Zuschuß von 13 Millionen Mark zu dem Fonds von einer Million Mark zwecks Unterstützung leistungsschwacher Schulunterhaltungspflichtiger bei Schulbauten für eine ganze Reihe von Jahren dem Bedürfnisse auf diesem Gebiete genügt. Ebenso möchte es, nachdem in den letzten Extraordinarien so erhebliche Mittel für die Ablösung der fiskalischen Wegebaulasten in den östlichen Provinzen ausgebracht worden sind, der Bereitstellung weiterer Mittel für diesen Zweck kaum bedürfen. Das sind indessen nur einzelne, wenn auch besonders wichtige Beispiele. Auch an anderen Stellen dürfte von ähnlichen Zuschüssen zu den Ordinarienfonds, wie sie in den letzten Etats bewilligt sind, ohne Schaden abgesehen werden können. Wenn es daher ohne eine sehr erhebliche Kürzung des Extraordinariums gegenüber dem laufenden Jahres nicht abgehen kann, so werden doch infolge dessen weder die Kulturaufgaben des Staates leiden, noch wird dadurch eine bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen unerwünschte Einschränkung der Bauhätigkeit des Staates bedingt werden.

Der Vertrag mit der Reichspost.

— Stuttgart, 8. November.

Das Uebereinkommen mit der Reichspostverwaltung über die Einführung einheitlicher Postwertzeichen beseitigt lästige und ärgerliche Unbequemlichkeiten des Verkehrs und hat auch keine nationale Bedeutung. Doch sollte man letztere nicht übertreiben, wenn man Rücksicht auf Bayern, das vorerst noch zur Seite steht. Für Württemberg bedeutet

das Uebereinkommen eine besonders glückliche Lösung, weil es die administrative und finanzielle Selbständigkeit der Württembergischen Postverwaltung vollständig wahrt. Deshalb bedarf das Uebereinkommen auch nicht der Genehmigung der Stände, ist denselben vielmehr nur „zur Kenntnisnahme“ mitgeteilt worden. Dagegen bleibt es den Ständen selbstverständlich unbenommen, diese „Kenntnisnahme“ mit einer Erörterung des Uebereinkommens zu begleiten, und die unmittelbare Handhabe dazu bietet die Erledigung des noch in der Finanzkommission ruhenden Antrags Galler. Dieser Antrag, dem das jetzt getroffene Uebereinkommen bis auf einen untergeordneten Punkt vollständig entspricht, war seinerseits nur der Schatten, den das „große Ereignis“ vorausgeworfen hat. Die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Postverwaltungen waren damals bereits eingeleitet, aber „noch nicht ganz“ zum Abschluß gelangt. Was diesen verzögert hat, waren ohne Zweifel die sehr umständlichen und zeitraubenden Erhebungen, auf Grund deren die Ziffern für die Berechnung des württembergischen Anteils an den Einnahmen aus den gemeinsamen Postwertzeichen vertragsmäßig festgestellt wurden. Der Antrag Galler hat in der Abgeordnetenversammlung seinerzeit von keiner Seite grundsätzlichen Widerspruch gefunden, und so darf man annehmen, daß das jetzige Uebereinkommen bei seiner Erörterung in der Kammer eine billige Aufnahme finden wird. Davon wird sich sogar das Centrum nicht ausnehmen können, denn die leisen Bedenken, die es am 18. Mai geltend gemacht hat, sind durch das Uebereinkommen durchweg beseitigt.

Daß „die reichsverfassungsmäßige Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung insbesondere in einer finanziellen Beziehung erhalten bleibt“, ist in Ziffer 2 des Uebereinkommens ausdrücklich als Leitmotiv vorangestellt. Nach wie vor bezieht Württemberg seine eigenen Einnahmen auch aus den dem allgemeinen Verkehr dienenden Postwertzeichen und es kann sogar diese Einnahmen in ihrem wirklichen Jahresertrag beziehen, wofür auf Grund des Normaljahrs 1899 das Anteilsverhältnis Württembergs an der Gesamteinnahme mit 4,2282 Proz. festgestellt worden ist. Vorerst ist eine andere Berechnungsart angenommen worden, welche die Einnahme des Normaljahrs 1899 zu Grund legt und für jedes Jahr eine Steigerung von 6,4260 Proz. zuschlägt. Letztere Berechnungsart erscheint zunächst als die vorteilhaftere für Württemberg, weil sie dem Lande eine stetig steigende Einnahme sichert ohne Rücksicht auf Rückschläge, die etwa eintreten können. Doch hat Württemberg zwischen diesen beiden Berechnungsarten die Wahl, und zwar innerhalb der nächsten fünf Jahre für jedes einzelne Jahr, so daß also die Probe mit jeder der beiden Berechnungsarten gemacht werden kann. Den geringeren Herstellungskosten der seitherigen württembergischen Postwertzeichen ist dadurch Rechnung getragen, daß an den Herstellungskosten der neuen Postwertzeichen alljährlich 30 000 M. zu Gunsten Württembergs in Abzug gebracht werden. Daß die für den inneren Verkehr Württembergs erforderlichen besonderen Wertzeichen zu bestimmten Zwecken gleichfalls für gemeinsame Rechnung durch die Reichsdruckerei hergestellt werden, ist nicht sowohl eine finanzielle Vergünstigung, als eine Vereinfachung, durch die allerdings Württemberg die besondere Anschaffung der theuren Markenprägungstempel erspart wird. — Wie die finanzielle, so wird auch die administrative Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung in keiner Weise angetastet. Die besonderen Tarif- und Betriebseinrichtungen Württembergs, die zumeist eine größere Verbilligung und Bequemlichkeit des Verkehrs darstellen, bleiben bestehen und Württemberg ist auch nicht gehindert, in Zukunft solche abweichende Tarif- und Betriebseinrichtungen zu treffen, wie andererseits natürlich auch der Reichspostverwaltung die gleiche Bewegungsfreiheit zusteht. Es ist nur, falls derartige Änderungen auf den Teilungsmaßstab von Einfluß sein können, zur Richtigstellung desselben den anderen Verwaltung von den beabsichtigten Änderungen rechtzeitig Mitteilung zu machen; einer Genehmigung oder eines Einverständnisses seitens der anderen Verwaltung bedarf es nicht.

Die Selbständigkeit beider Verwaltungen findet ihren äußeren Ausdruck in doppelter Weise: einmal in der jährlichen Ründbarkeit des Uebereinkommens nach Ablauf der fünfjährigen Probezeit, sodann in der Bestimmung, daß nicht einfach die jetzigen Marken mit dem Vordruck „Reichspost“ von der württembergischen Verwaltung übernommen, sondern daß neue Marken hergestellt werden mit dem Vordruck „Deutsches Reich“. Ueber das Markenbild ist in dem Uebereinkommen nichts

bestimmt und das ist die einzige Abweichung desselben von dem Antrag Geller, der auch für das Markenbild eine „Zustimmung“ Württembergs zur Bedingung machen wollte. Wahrscheinlich bleibt vorerst die Germaniamarke (mit geändertem Bordruck) und vielleicht — diese Abweichung auf das Feld der Konjunkturen wird gestattet sein — ist eine weitere Aenderung des Markenbildes, die neben der Reichshoheit zugleich die Landeshoheit zum Ausdruck brächte, vorbehalten auf die Zukunft, da ein Beitritt Bayerns durch eine besondere, die letzten Bedenken nehmende Konzession belohnt zu werden verdient. Einzelne Blätter ziehen, je nach ihrem Standpunkt hoffend oder besorgend, daraus, daß die württembergische Regierung jetzt die Hand zu einer einheitlichen Postmarke geboten hat, den Schluß, daß auch die „Einheitslokomotive“ kommen werde. Diese Schlußfolgerung ist unverständlich; viel eher könnte man daraus, daß in dem Marken-Übereinkommen die Selbständigkeit der Postverwaltung so sorgfältig gewahrt ist, den Wink entnehmen, daß die Selbständigkeit des Eisenbahnwesens nicht weniger sorgsam gehütet werden wird. Dagegen entspricht es durchaus dem Geiste des Marken-Übereinkommens, wenn heute zur Eisenbahntarifreform mitgeteilt werden kann, daß die Verhandlungen mit den Süddeutschen Eisenbahnverwaltungen zwecks eines gemeinsamen Vorgehens in der Personentarifreform nunmehr mündliche Beratungen gefaßt, die noch vor Ablauf dieses Jahres stattfinden sollen. Ergibt sich hieraus ein praktisches Resultat, so werden wir etwas ähnliches haben wie jetzt bei den Postwertzeichen: eine Vereinfachung und Vereinheitlichung in Verkehrseinrichtungen, ohne Eingriff in die Selbständigkeit der einzelnen Verkehrsgebiete.

Zur französischen Flottendemonstration.

Die französischen Forderungen.

Nachdem bekannt geworden ist, welche Forderungen Frankreich an die Türkei stellt, ist es nur noch wahrscheinlich geworden, daß innerpolitische Gründe bei der französischen Aktion eine bedeutende Rolle gespielt haben. Die französische Regierung verpflichtet sich nämlich nicht nur den chauvinistisch gefärbten Theil der Bevölkerung durch ein energisches Vorgehen, sondern auch die streng katholischen Bevölkerungstheile und den Vatikan. Bekanntlich sind die Klerikalen und der Vatikan mit der Gesetzgebung über die Ordensniederlassung unzufrieden. Die Forderung nun, die Frankreich an die Pforte hinsichtlich der katholischen Schulen und der französischen Spitäler in Kleinasien stellt, soll zeigen, daß Frankreich sich nach wie vor als Schutzherr der katholischen Christenheit im Orient fühlt. Wenn dies auch nicht auf die Katholiken aller Länder einen günstigen Eindruck macht — die deutschen Katholiken verwahren sich gegen ein derartiges allgemeines Protektorat Frankreichs über die Katholiken des Orients —, so muß doch der Eindruck auf den Vatikan und in erster Reihe auf die französischen Katholiken ein sehr vorteilhafter sein. Das aber kann der gegenwärtigen französischen Regierung für die in einem halben Jahre stattfindenden Deputiertenwahlen durchaus nützlich erscheinen. An sich ist im Uebrigen die französische Forderung nichts Neues. Neu daran ist nur der Umstand, daß Frankreich diese Forderungen durch die Kanonen seiner Kriegsschiffe unterstützt. Wenn nun auch Frankreich eigentlich von der Türkei nichts anderes fordert, als was ihm de facto schon zugesprochen ist, so wird doch die formale Zustimmung der Türkei für die weitere Forderung des französischen Einflusses in Vorderasien von Werth sein. Wenn bisher vielfach angenommen wurde, daß der französische Einfluß in Kleinasien den Russen unbequem sei, so wird man angefaßt des Vorgehens Frankreichs diese Auffassung bezweifeln müssen. Es muß zwischen Frankreich und Rußland ein Modus gefunden worden sein, nach welchem auch der letztere Staat aus der französischen Aktion früher oder später seinen Vortheil zu ziehen gedenkt. Nimmt man aber an, daß auch Rußlands Position in Kleinasien gestärkt werden soll, so ergibt sich ohne weiteres, daß dies für England, welches in seinen asiatischen Besitzungen immer mehr vom russischen Einflusse umklammert wird, alles Andere als vorteilhaft ist. Wäre England nicht mit seiner ganzen militärischen und finanziellen Kraft in Südafrika festgelegt, so würde Frankreich seine Forderungen wohl in einer weniger provokatorischen Weise vorgebracht haben.

Was Deutschland angeht, so kann es durch das Vorgehen Frankreichs an Einfluß in der Türkei und im Orient eher gewinnen, wie verlieren. Denn auf den Sultan und die türkische Regierung kann der Kontrast zwischen der Art, in der Deutschland seine Wünsche zu erreichen sucht und derjenigen, in der Frankreich vorgeht, nur einen für Deutschland günstigen Eindruck machen.

(Telegramme.)

* Paris, 9. Nov. Der türkische Minister des Aeußeren hat, wie erwähnt, dem französischen Geschäftsträger eine Note übergeben, worin er mittheilt, daß die Pforte, von dem Wunsch befeuert, dem gegenwärtigen Zwist mit Frankreich ein Ende zu machen, die neuen Forderungen Frankreichs annimmt, d. h. also 1. die bisher nicht anerkannten französischen Schulen ermächtigt; 2. die Wohlthätigkeits- und Schulanstalten anerkennt und ihnen volle Freiheit und den Erlaß gewisser Abgaben zusichert; 3. den Wiederaufbau der Schulen und Anstalten gestattet, die während der armenischen Unruhen zerstört worden sind und über die die französische Regierung eine besondere Aufstellung gab. Was 4. den Gal-

lischen Patriarchen angeht, so erklärt Tewfik Pascha, daß der Bestallungsbefehl bereits nach Mosul abgegangen sei. Diese türkische Note war im gestrigen Ministerrath im Elysee der Gegenstand der Berathung. Der Minister des Aeußeren, Delcassé, gab dann der Pforte die bekannte Antwort, daß das französische Geschwader Mytileni verlassen würde, sobald der Beschluß der Pforte ratifiziert sei.

* Paris, 9. Nov. Die meisten Blätter sprechen die Befriedigung über die Beendigung des französisch-türkischen Zwischenfalles aus. — Der „Matin“ schreibt, der Konflikt habe viel für eine Nation wie Frankreich zu bedeuten. Wir waren nahe daran, eine Rolle im Orient zu spielen, welche unserer nicht würdig gewesen wäre. Die Flottenbewegung haben wir bloß deshalb veranstaltet, um Wechsel bezahlen zu lassen. Das ist ein Vorgehen, das nicht wiederholt werden darf. Wir sollten da mehr Kaltblütigkeit und richtiges Maß üben. — Der „Gaulois“ sagt, daß das Ende der Sache besser gewesen sei als der Anfang. Frankreich sei ausgezogen, um die Rechnungen zweier Bankiers und eines Industriellen zu begleichen. Zum Schluß habe das katholische Frankreich sein Prestige im Orient erhöht und den Sultan gezwungen, die Kirchen und die Klostergeistlichen zu respektieren.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 9. November.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog traf heute Vormittag 9/9 Uhr von Schloß Baden hier ein und empfing um 10 Uhr den Finanzminister Dr. Buchenberger zum Vortrag. Hierauf ertheilte Seine Königliche Hoheit dem Professor Dr. Jellinek von der Universität Heidelberg eine Audienz. Um 11 Uhr begab sich Seine Königliche Hoheit der Großherzog nach der Großherzoglich Technischen Hochschule, um daselbst dem aus Anlaß des Rektoratswechsels stattfindenden Festakt anzuwohnen. Seine Königliche Hoheit wurde von dem Rektor der Hochschule Geheimen Hofrath Professor Dr. Haid und einer Abordnung des Senats empfangen und nach der Aula geleitet. Nach dem Redeakt, welcher aus einer Ansprache des bisherigen Rektors Hofrath Professor Dr. Lehmann und einer Rede des jetzigen Rektors, letztere mit dem Thema „Ueber die modernen Ziele der Erdmessung“ bestand, verweilte Seine Königliche Hoheit noch längere Zeit im Gespräch mit den Mitgliedern des Lehrkörpers der Hochschule. Gegen 1 Uhr kehrte Seine Königliche Hoheit nach dem Großherzoglichen Schlosse zurück.

Hierauf meldeten sich bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog folgende Offiziere: Major von Faber du Faur, Bataillons-Kommandeur im 8. Württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 126, bisher dienstthuender Flügeladjutant Seiner Majestät des Königs von Württemberg, Major Thiel im 1. Badischen Leib-Dräger-Regiment Nr. 20 und Adjutant beim General-Kommando des 14. Armeekorps, Hauptmann Grafenberger von Moisy, Kompagniechef im Infanterie-Regiment. Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111, bisher im I. See-Bataillon, Hauptmann Gubewill, Kompagniechef im 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113, bisher im II. See-Bataillon, Hauptmann Jach, Kompagniechef im 8. Württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 126, bisher Adjutant der 54. Infanterie-Brigade, Hauptmann Plag, Kompagniechef im 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113, bisher im 7. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 142, Hauptmann Frisch, Kompagniechef im Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111, Oberleutnant Wettklein im Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111, bisher bei der Schutztruppe für Südwestafrika, Oberleutnant Sallwürf von Wenzelstein im Magdeburgischen Jäger-Bataillon Nr. 4, bisher in der Ostasiatischen Jäger-Kompagnie, die Leutnants Gubmann im 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113, bisher im 4. Ostasiatischen Infanterie-Regiment, Hudemann im gleichen Regiment, bisher im 2. Ostasiatischen Infanterie-Regiment, von Loewenich im 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 und Steigleher im 4. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 66; ferner Assistenzarzt Noack im Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111. Darnach empfing Seine Königliche Hoheit den Kammerjunker Freiherrn Rüdiger von Collenberg-Boßdigeim von Salzburg.

Nachmittags 3 Uhr hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Staatsraths Freiherrn von Dusch und um 4 Uhr denjenigen des Präsidenten Dr. Nicolai. Sodann machte Seine Königliche Hoheit einen Besuch bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Karl. Die Rückkehr nach Baden erfolgte gegen 6 Uhr.

** Die Verwaltungsaktuarsprüfung wird am Montag, den 25. November d. J. ihren Anfang nehmen.

* Adressirung der nach Berlin gerichteten Briefsendungen. In Berlin bleiben täglich Hunderte von Briefsendungen unbestellbar und weitere Hunderte kommen mit Verspätung in die Hände der Empfänger, weil die Aufschriften ungenügend sind. Letztere müssen bei den Sendungen nach Berlin Straße, Hausnummer, Gebäudetheil und Stockwerk enthalten. Zur Erleichterung und Vereinfachung der Bestellung empfiehlt es sich ferner noch, den Postbezirk und die Nummer des Postamtes anzugeben, von dem die Sendung befreit wird. Die beiden letzten Angaben dürfen auch bei Briefsendungen an Behörden nicht fehlen. Briefaufschriften nach Berlin würden also vorchriftsmäßig zu lauten haben

z. B.: An das Reichs-Justizamt in Berlin, W. 9. Poststraße 4 u. f. w. Das an den Postfachern zur Einrichtnahme durch das Postamt bereitgehaltene alphabetische Verzeichniß der den Postfachern in Berlin zugetheilten Straßen und Plätze mit Angabe der Lage nach den Himmelsrichtungen gibt in dieser Hinsicht den besten Aufschluß.

X Baden, 8. Nov. Der Gewerbeverein und Handwerker-Verein Baden-Baden hielt heute Abend eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung empfahl der Vorsitzende den Mitgliedern die Anschaffung des Handwerker-Kalenders pro 1902 und das Abonnement auf die Badische Gewerbe- und Handwerker-Zeitung. Des Weiteren wurde sodann über die Schaffung einer gewerblichen und kunstgewerblichen Ausstellung im nächsten Jahre berathen. Es wurde nach längerer Debatte beschlossen, im nächsten Jahre eine derartige Ausstellung zu veranstalten. Es wurde des Weiteren über Fälle von unlauterem Wettbewerb berathen, worauf der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über den Gantag in Gaggenau gab. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Vorher erklärte Herr Stadtrath Klein noch, daß er sein Amt als Vorsitzender niederlege und eine Wiederwahl nicht mehr annehmen werde.

L.A. Das endgültige Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 für das Großherzogthum Baden.

Das Großherzogliche Statistische Landesamt hat soeben das endgültige Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember v. Js. für das Großherzogthum festgestellt. Darnach setzte sich die ortsamtwendige Bevölkerung Badens am Zählungstage aus 926 277 (49,6 Proz.) männlichen und 941 667 (50,4 Proz.) weiblichen Personen zusammen und belief sich im ganzen auf 1 867 944 Köpfe. Gegenüber der im Februar lfd. Js. ermittelten vorläufigen Zahl von 1 866 584 Personen ergibt sich nach Prüfung der Einzelangaben in den Zählungslisten und Berichtigung sonstiger Irrthümer in den Aufstellungen der Zähler und Gemeinden nur ein Mehr von 1360 Personen, ein erfreulicher Beweis, mit welcher Sorgfalt von dem größten Theil der die Zählung ausführenden Personen und Behörden gearbeitet worden ist.

Die Gesamtbevölkerung des Landes hat seit dem 2. Dezember 1895 um 142 480 Personen oder 8,26 Proz. zugenommen, und zwar war die Vermehrung beim männlichen Geschlechte (+9,32 Proz.) erheblich stärker als beim weiblichen (+7,23 Proz.).

Von der Gesamtbevölkerung des Großherzogthums waren 1 832 863 deutsche Staatsangehörige (einschließlich derer aus deutschen Schutzgebieten) und 35 033 Reichsausländer; für 48 weitere Personen konnte die Staatsangehörigkeit nicht ermittelt werden. Unter den Reichsausländern, die sich im letzten Jahrzehnt fast genau verdoppelt haben, weisen die Schweizer mit 11 305, die Italiener mit 9987 und die Oesterreicher mit 7599 Personen die größten Antheile auf. Die Angehörigen dieser drei Staaten machen zusammen mehr als vier Fünftel sämmtlicher in Baden ermittelten Ausländer aus.

Festakt zur Feier des Rektoratswechsels an der Technischen Hochschule.

Karlsruhe, 9. November.

In der Aula der Technischen Hochschule fand heute Vormittag vor einer glänzenden Festversammlung der Festakt zum Rektoratswechsel statt, der durch den Besuch Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs eine besondere Weihe erhielt. Unter den Anwesenden bemerkten wir Se. Excellenz den Herrn Staatsminister a. D. Dr. Koff, den Herrn Präsidenten des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Freiherrn v. Dusch, Se. Excellenz den Kommandirenden General v. Bülow, sowie zahlreich: hohe Staatsbeamte und Offiziere, Vertreter der Stadt, der Geistlichkeit und zahlreicher Korporationen und Vereine. Die Chargierten der südbadischen Verbindungen hatten in vollem Schmuck im Saal Aufstellung genommen. Bald nach 11 Uhr ertheilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog, worauf der Festakt begann. Der bisherige Rektor, Herr Geh. Hofrath Dr. Lehmann, gab zunächst einen Rückblick auf das verfloßene Studienjahr, in dem er u. a. folgendes ausführte:

„Königliche Hoheit, hochgeehrte Anwesende, liebe Kommilitonen! Wenn wir die Entwicklung der Hochschule verfolgen durch die 71 Jahre ihres Bestehens, so bietet sich uns ein hocherfreuliches Bild dar. Noch vor 50 Jahren betrug die Frequenz nur 100 eigentliche Studirende, vor 30 Jahren wurde das erste halbe Tausend voll, vor zwei Jahren erreichte die Zahl das zweite halbe Tausend, und das verfloßene Studienjahr brachte einen so gewaltigen Zuwachs, daß alle Höre zusammengezeichnet, sogar das dritte halbe Tausend überschritten wurde. Die Zahl der eigentlichen Studirenden betrug im vorigen Winter 1371, im Sommer 1380.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog, den wir auch heute wieder die hohe Ehre haben, persönlich unsern Festakt anzuwohnen zu sehen, ist es, dessen wohlwollende Fürsorge vor Allem solch glänzende Entwicklung der Hochschule möglich gemacht hat. Den Ausdruck ehrfurchtsvollsten Dankes darzubringen, erachte ich darum als unsere erste Pflicht beim heutigen Feste und als die beste Einleitung des kurzen Jahresberichtes, den ich als letzten Akt meiner Amtsführung als Rektor heute vorzutragen habe.

Ehrentätigkeit, aufrichtigster Dank sei auch der Großherzoglichen Regierung ausgesprochen für die hochsinnige, nicht von starren Schablonen ausgehende, sondern stets den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende weitblickende Behandlung aller Angelegenheiten der Hochschule, nicht minder auch den Ständen des Landes für das jederzeit der Hochschule entgegengebrachte rege Interesse.

Zu unserm großen Bedauern hat sich jener feinfühlende und hartenfende Mann, in dessen Hand mehr als 20 Jahre hindurch die Leitung der obersten Unterrichtsbehörde lag, Seine Excellenz Herr Staatsminister Dr. Koff, zu Ende des verfloßenen Semesters genöthigt gesehen, aus Gesundheitsrücksichten vom Amte zurückzutreten. Die Hochschule beehrte sich damals, den schon früher gefaßten Plan auszuführen, ihrer Empfindung innigster, sodann dankbarer Nachahmung würdiger Ausdruck zu geben durch Ernennung Seiner Excellenz zum Ehrendoktor-Ingenieur. Die Feier der ersten Promotion am 2. Juli gab hierzu die erwünschte Gelegenheit. Denkwürdig wird für alle Theilnehmer jener Tag sein, an welchem der Herr Staatsminister in unserer Mitte erschien, um persönlich das Diplom entgegen zu nehmen; und besonders jenes Moments, da er in bedeutungsvollen Worten seine Ueberzeugung aussprach von den innigen Beziehungen

zwischen Wissenschaft und Kultur und von dem wesentlichen Anteil an der mächtigen großartigen Entwicklung der Technik, welcher auch unserer Hochschule zukommt.

Rein Amtsjähr begann damit, daß ich von dem Rücktritt zweier langjähriger, hochgeschätzter Mitglieder des Lehrkörpers Kenntnis zu nehmen hatte. Zunächst theilte der damalige Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Herr Geh. Rath Dr. Schenkel mit, daß er seine Thätigkeit als Lehrer der Rechtswissenschaft und als Rechtsbeirath der Hochschule aufzugeben genöthigt sei in Folge Ernennung zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes. Sodern freute über die einem Mitglied des Kollegiums gewordene Auszeichnung brachte der Senat alsbald in einer Inschrift an Se. Excellenz die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck, sowie den gebiendenden Dank für die, durch so viele Jahre, ein volles Vierteljahrhundert der Hochschule sowohl auf pädagogischem wie juristischem Gebiete, geleistete werthvolle und erfolgreiche Thätigkeit.

Nedmer gedachte dann der weiteren Personalveränderungen im Lehrkörper und besonders des Rücktritts des Herrn Geh. Hofraths Hart, dessen unermüdeten Bemühungen und dessen überaus großer Beliebtheit bei seinen zahlreich über alle Welttheile verbreiteten Schülern, das Zustandekommen der prachtvollen Ausschmückung des AulaSaales, sowie einer auf Wunsch des Kollegiums seinen Namen tragenden Stipendienstiftung zu verdanken sei. Bisher sei es noch nicht geglückt, für Herrn Geh. Rath Hart einen Nachfolger zu gewinnen. Die vorläufige Stellvertretung im Unterricht für Dampfmaschinenbau wurde dem Assistenten der Maschinenbauabtheilung, Herrn Regierungsbaumeister Georg Koeber übertragen.

Und so wie das Rektoratsjahr mit dem Rücktritt eines der ältesten Mitglieder des Kollegiums begonnen hatte, ebenso sollte es auch enden. Unser Rektor, Herr Geh. Hofrath Dr. Schenkel war es, welcher zu aufrichtigem Bedauern des ganzen Kollegiums wegen leidender Gesundheit am Schlusse des Sommersemesters ein Gesuch um Zurücksetzung einreichte, nachdem er 40 Jahre hindurch in zweifacher Stellung als Vertreter der theoretischen Mechanik und Lehrer der synthetischen Geometrie und außerdem seit 1868 als Bibliothekar an der technischen Hochschule unermüdet, mit ausgezeichnetem Erfolge thätig gewesen war und im ganzen nicht weniger als 102 Semester als Lehrer lehrreich gewirkt hatte. Seine königliche Hoheit der Großherzog genehmigte das Pensionierungsgesuch auf den 1. October unter Anerkennung der langjährigen ausgezeichneten Dienste des Scheidenden und unter Befehlung als Mitglied der Abtheilung für Mathematik und allgemein bildende Fächer, sowie des großen Rathes und unter gleichzeitiger Ernennung zum Geheimen Rath dritter Klasse und Enthebung von seiner Funktion als außerordentliches Mitglied des Oberlehrercollegiums. Es ist nicht möglich und nicht nötig, hier auf die hervorragenden Verdienste Schells, dessen Name durch Tausende und Tausende seiner Schüler und besonders durch sein Werk über theoretische Mechanik in der ganzen Welt bekannt geworden ist, näher einzugehen.

Das Kolleg über theoretische Mechanik wird vorläufig von Herrn Professor Dr. Schur weitergeführt, die Verwaltung der Bibliothek von Herrn Professor Dr. Wie.

Was den Fortschritt der Bauten der Technischen Hochschule anbelangt, so ist der Neubau des chemischen Laboratoriums in stetigem Fortschritt begriffen und ein Theil bezogen. Das mechanische Laboratorium und die elektrische Centrale sind in Betrieb genommen. Das Hochbauabtheilung der Ingenieurabtheilung hat sich der Vollendung, und durch Ueberführung der Lebensmittelpflichtstation in die früheren Räume der nach Augustenbergle verlegten landwirthschaftlichen Versuchsanstalt wurde Platz gewonnen für die dringend nötige Erweiterung des Sekretariats, für die Sammlung der Ingenieurabtheilung und zur Einrichtung eines Prüfungszimmers. Großer Raumbedarf macht sich zur Zeit fühlbar in der Maschinenbauabtheilung und ganz besonders im physikalischen Institut, welche letzteres überdies durch Einführung des elektrischen Betriebes der Straßenbahn in mannigfacher Weise gefährdet wurde.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten wurden auf Wunsch des Volkshochschulvereins im Laufe des November neben den regelmäßigen Vorlesungen sechs große Experimentalvorträge über Physik gehalten, welchen solche über Elektrotechnik und anderen Wissensgebiete nachfolgten, da in neuerer Zeit allgemein als eine Pflicht der Hochschule betrachtet wird dem auch bei minder bemittelten Volksklassen bestehenden Bedürfnis nach Bildung, welches sich auch durch den zahlreichen Besuch dieser Volkshochschule deutlich kundgab, thätlich entgegenzukommen.

Um dem allenthalben hervortretenden Mangel abzuhelfen, aber auch aus andern Gründen, beschloß das Kollegium an maßgebender Stelle eine Veranschlagung der Aufnahmestellen zu erbitten, welche auch durch Allerhöchste Staatsministerialentscheidung vom 25. Mai des Jahres bewilligt wurde. Wir erhoffen hierüber, wenn auch nicht Befriedigung, so doch fühlbare Milderung der bestehenden Schwierigkeiten.

Zu Würdigung der großen Verdienste des ersten Reichskanzlers um das Vaterland entsandte deshalb die Technische Hochschule, ebenso wie ihre Kolleginnen, am 16. Juni zur Feier der Enthüllung des Bismarck-Denkmal als Vertreter nach Berlin. Auch die Studentenschaft entsandte drei Mitglieder des Engeren Ausschusses zur Theilnahme an dieser Feier. Wie sehr in unserer Studentenschaft patriotischer Sinn lebendig ist, trat deutlich zu Tage bei dem schönen unter Gesamtbetheilung geleiteten Kaiserfest am 24. Januar und ganz besonders durch die Errichtung der akademischen Bismarck-Säule in Göttingen, deren Schlüsselübergabe und Einweihung am 1. April erfolgte.

Bei all diesen Gelegenheiten und nicht minder durch die Veranstaltung des glänzenden Fackelzuges am 3. Juli anlässlich des Rektoratswechsels gab sich auch für den Fernerstehenden das schöne herzliche Verhältnis, welches hier stets zwischen Dozenten und Studierenden gewaltet hat, in augenfälliger Weise kund. Ich kann nicht umhin, der Studentenschaft auch bei dieser Gelegenheit zu danken für die mannigfachen aus eigenem Antrieb hervorgegangenen Bemühungen bei so vielen akademischen Festlichkeiten, namentlich aber für die bewiesene Selbstthätigkeit und Einmüthigkeit in allen patriotischen Fragen.

Durch einstimmigen Beschluß des Kollegiums vom 9. Mai d. J. wurde als neuer Rektor Herr Geh. Hofrath Professor Dr. Pold, Direktor des geodätischen Instituts erwählt und von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog mit Staatsministerialentscheidung vom 24. Mai als solcher bestätigt.

(Der Redner wandte sich hierauf an den neuen Rektor Herrn Geh. Hofrath Dr. Pold, Professor der praktischen Geometrie und höheren Geodäsie.)
Hochverehrter Herr Kollege! Indem ich dankbar zurückblicke auf die vielfache wirksame Hilfe und Förderung, die ich während meines Amtsjahres durch das Kollegium ganz besonders von Seiten der Herren Mitglieder des Senats erfahren habe, übergebe ich Ihnen hiermit auch formell das Amt, dessen Geschäfte Sie bestehendem Gebrauche gemäß thätig schon seit zwei Monaten geführt haben. Zum zweitenmal in verhältnismäßig kurzer Zeit wird damit Ihrer bewährten Hand das Amt anvertraut, das allgemein seit alten Zeiten als die höchste akademische Würde gilt. Ich beglückwünsche Sie hierzu und gebe dem Wunsch Ausdruck, es möge das Jahr zu Ihrer Zufriedenheit verlaufen und die Hochschule unter Ihrer Führung, wie wir zuversichtlich hoffen, in der aufsteigenden Bahn ihrer Entwicklung weiter beharren zum Nutzen der Technik und Wissenschaft, zum Wohle des Vaterlandes, zur Förderung der Humanität.

Jeder von uns, ich spreche nicht nur im Namen des Kolle-

giums, sondern auch der Studentenschaft wird es als seine hohe, erste Pflicht betrachten, das was an ihm ihm liegt, soweit seine Kraft reicht zum „Gehelben des Ganzen beizutragen“.

Herr Professor Pold betrat hierauf die Rednerbühne: Es gereichte ihm zur besonderen Freude, als erste feierliche Amtshandlung von dem durch Seine königliche Hoheit den Großherzog, dem Hohen Protetor der Hochschule, derselben verliehenen Promotionsrecht Gebrauch machen zu können und für folgende Herren in Anerkennung ihrer hervorragenden Verdienste die Verleihung der Würde eines Ehrendoktor-Ingenieurs zu verfahren: Auf Antrag der Ingenieurabtheilung für Herrn Geh. Oberbauath Dr. philos. Hermann Zimmermann-Berlin; auf Antrag der Abtheilung für Chemie für Herrn Generaldirektor Max Schaffner-Auffig und für Herrn Kommerzienrath Robert Hasenclever in Aachen; auf Antrag der Abtheilung für Maschinenwesen Herrn Geh. Rath Professor Josef Parzibier. — In Kürze schilderte der Redner den Lebensgang und die verdienstvolle Thätigkeit der Ausgesetzten; es müsse uns mit hoher Genugthuung erfüllen, daß die Namen dieser Männer, welche die Hochschule heute auf die Ehrentafel eingetragen, einst im Beginne ihrer Laufbahn in den Listen der Studierenden unserer Hochschule verzeichnet waren. Möge solcher Geist an unserer Hochschule nie erlöschen!

Herr Professor Pold sprach dann in etwa einstündigem festlichem Vortrage über „die modernen Ziele der Erdmessung“. (Der Vortrag, der auch für jeden Laien von besonderem Interesse sein dürfte, wird demnächst im Druck erscheinen.) Mit der Festrede des neuen Rektors schloß der Festakt. Seine königliche Hoheit der Großherzog bewillte noch längere Zeit im Saale und zeichnete viele der anwesenden Herren durch huldvolle Ansprachen aus.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramme.)

* **Peking**, 8. Nov. Hier ist ein Edikt eingetroffen, nach welchem Juanjikai zum Gouverneur von Pentschi und das Mitglied des Kabinetes Wang-wentschao zum Nachfolger Li-hung-tschang's als Bevollmächtigter ernannt und beiden befohlen wird, sich sofort nach Peking zu begeben. In einem zweiten eingegangenen Edikt wird der verlorbene Li-hung-tschang zum Marquis ernannt und ihm der neue Name Li-wen-tschang gegeben, unter welchem er in der Geschichte bekannt sein wird.

* **Peking**, 8. Nov. Wangwentschao, der Nachfolger Li-hung-tschang's als Bevollmächtigter der chinesischen Regierung, ist 74 Jahre alt und schwerhörig. Er wurde niemals für einen Staatsmann und Diplomaten angesehen. Seine Ernennung scheint eine einseitige zu sein.

* **London**, 9. Nov. In dem von der „Times“ veröffentlichten Wortlaut des Mandschurenvertrages heißt es u. a.: Aus den vier südlichen Bezirken der Provinz Mukden bis an den Liao-Fluß werden die russischen Truppen noch im Laufe dieses Jahres zurückgezogen. Dagegen wird die Eisenbahn Shanheitwan-Niutschang den Chinesen wieder übergeben. Während des Jahres 1902 sollen dann die noch in der Provinz Mukden stehenden Truppen ebenfalls zurückgezogen werden.

* **London**, 9. Nov. Der „Standard“ meldet aus Schanghai: Der neue Gouverneur von Schantung ist Tschangentschiun, bisher Getreidetransportkommissar in Tsingtau.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin**, 8. Nov. Seine Majestät der Kaiser richtete folgenden Erlass an den Reichskanzler:

„Aus dem mir vorgelegten Berichte über die Ergebnisse der Reichspost- und Telegraphenverwaltung während der Etatsjahre 1896 bis 1901 habe ich mit Befriedigung erfahren, daß auch in diesem Zeitabschnitt an der Ausgestaltung des Post- und Telegraphenwesens rüthig weiter gearbeitet worden ist. Mit Interesse habe ich namentlich von den Zahlen Kenntnis genommen, in denen die außerordentliche Entwicklung des Fernsprechwesens zum Ausdruck kommt, und daraus gern ersehen, daß die Verwaltung mit Erfolg bemüht gewesen ist, die Vortheile dieses Verkehrsmittels auch dem platten Lande zu erschließen. Auch aus dem Gebiete unserer Verkehrsbeziehungen zum Auslande und zu den Schutzgebieten sind werthvolle Fortschritte zu verzeichnen. Ich rechne dazu namentlich die bessere Ausgestaltung der regelmäßigen kurzfristigen Post-Dampfschiffverbindungen mit Ostasien, Australien, Ostafrika und in den chinesischen Gewässern, sowie der Begründung und Beförderung deutscher unterseeischer Telegraphenverbindungen nach fernem Landern, mit denen in den letzten Jahren ein vielverprechender Anfang gemacht werden konnte. Daß die Reichspostverwaltung den im Auslande befindlichen Angehörigen des Heeres und der Marine werthvolle Dienste hat leisten können, gereicht mir zur besonderen Befriedigung. Die nach Ostasien entsandte Feldpostexpedition hat den im fernem Osten kämpfenden Truppen den regelmäßigen Verkehr mit dem Vaterlande ermöglicht. Die Zahlen der von den Marineschiffen vermittelten Postsendungen zeigen, in wie hohem Maße durch ihre Einrichtung dem Bedürfnisse der im Auslande befindlichen Mannschaften der Kriegsschauplätze entsprochen worden ist. Daß auch das finanzielle Ergebnis der Reichspost- und Telegraphenverwaltung trotz der erheblichen Steigerung der Aufwendungen für den Ausbau des Fernsprechwesens ein befriedigendes gewesen ist, habe ich gern ersehen. Ich ermächtige Sie, allen Betheiligten für ihre treue, erfolgreiche Arbeit meinen Dank auszusprechen.“

* **Berlin**, 9. Nov. Die Tagesordnung für die 97. Plenarsitzung des Reichstags ist vom Präsidenten Graf Ballestrem folgendermaßen festgesetzt worden: 1. Zweite Beratung der Novelle zur Strabungsordnung; 2. zweite Beratung der Seemannsordnung mit den Berengesehen — Berichterstatter Dr. Semler. Hierzu liegen eine Reihe Anträge der Sozialdemokraten vor.

* **Stettin**, 9. Nov. Heute Vormittag fand in Anwesenheit Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, der Großherzogin Marie und des Erbprinzen des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz der Stapellauf des Linienschiffes „F“ statt. Die Laufrede hielt der Großherzog, welcher dem Schiffe den Namen „Mecklenburg“ gab. Die Laufe selbst vollzog die Großherzogin.

* **München**, 9. Nov. Ein Bulletin über das Befinden des Prinzen Ludwig Ferdinand besagt, daß die Folgen des Unfalls an der verletzten Schulter lokalisiert sind. Das Allgemeinbefinden ist nicht gestört.

* **Paris**, 9. Nov. Die Budgetkommission beschloß im Einvernehmen mit dem Finanzminister, daß betreffs der neuen Anleihe von 200 Millionen ein besonderer Gesekentwurf eingebracht werden soll.

* **Romans**, Dep. Drôme, 9. Nov. In einem Restaurant kam es zwischen Soldaten, die Tags zuvor ihre Dienstzeit beendet hatten, und Offizieren zu einem Streit. Die Soldaten fielen über die Offiziere her und verwundeten drei von ihnen schwer.

* **London**, 9. Nov. „Daily Chronicle“ meldet aus Washington: In einer Konferenz zwischen Roosevelt und dem Finanzcomité des Repräsentantenhauses erklärte Roosevelt er sei Gegner der Tarifrevision und werde dieselbe in seiner Botschaft nicht empfehlen.

* **Konstantinopel**, 9. Nov. Der Großvezier ist heute Früh gestorben.

† **Stuttgart**, 9. Nov. (Telegr.) Bergangene Nacht ist zwischen Zehn und Rothenheid der Postwagen laut Schwäbischem Postkurier beraubt worden. Es fehlt ein Geldbrief mit namhaften Beträgen und die ganze Briefpost. Die Räuber sind entkommen.

Großherzogliches Hoftheater.

Am Vortheater Karlsruher

Sonntag, 10. Nov. Abth. A. 18. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Der Trompeter von Säckingen“, Oper in 3 Aufzügen nebst einem Vorspiel. Mit autorisierter theilweiser Benützung der Idee und einiger Originalstellen aus v. Scheffel's Dichtung von Rudolf Bunge. Musik von Viktor E. Kessler. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Dienstag, 12. Nov. Abth. B. 17. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): „Der Hochzeitstag“, Schwan in 4 Akten von Wilhelm Wolters und Königsbrunn-Schau. — Hierauf: „Balladivertement“. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Donnerstag, 14. Nov. Abth. C. 17. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Rigoletto“, Oper in 4 Aufzügen nach Victor Hugo's „le roi s'amuse“ von F. R. Flade. Musik von Verdi. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Freitag, 15. Nov. Abth. B. 18. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): „Overture von Alfred Lorenz“, — „Ethello“, Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare, übersezt von Baudissin. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Samstag, 16. Nov. Abth. C. 18. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Mignon“, Oper in 3 Aufzügen mit Benützung des Goethe'schen Romans „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ von Michel Carré und Jules Barbier. Deutsch von Ferd. Gumbert. Musik von Ambroise Thomas. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Sonntag, 17. Nov. 2. Vorst. außer Ab. Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen: „Die beiden Schützen“, komische Oper in 3 Aufzügen nach dem Französischen, Text und Musik von Albert Volz. Anfang 2 Uhr, Ende nach 4 Uhr.

Gebührenfreier Vorverkauf an die Abonnenten am Montag, den 11. d. M., Nachmittags 3 bis halb 4 Uhr Abth. B, halb 4 bis 4 Uhr Abth. C und 4 bis halb 5 Uhr Abth. A; allgemeiner Vorverkauf von Dienstag, den 12. d. M., Vormittags 9 Uhr, an.

Sonntag, 17. Nov. Abth. B. 19. Ab.-Vorst. Abendvorstellung zu Mittelpreisen. Zur Nachfeier von Schiller's Geburtsfest (geb. 10. Nov. 1759). Neu einstudirt: „Demetrius“, Fragment in 2 Akten von Schiller. — Neu einstudirt: „Das Lied von der Glocke“, Gedicht von Schiller, mit Musik von Lindpaintner, spanisch und mit lebenden Bildern dargestellt. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Dienstag, 19. Nov. 3. Vorst. außer Ab. (Mittelpreise): „Die Walfire“, in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Singsmund: Fritz Remond vom Stadttheater in Freiburg. Botan: Rudolf Moot vom Königl. Theater in Hannover. Anfang 6 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Gebührenfreie Abgabe der abomirten Plätze an die Abonnenten am Montag, den 11. d. M., Nachmittags 4 bis 4 Uhr Abth. C, 4 bis halb 5 Uhr Abth. A und halb 5 bis 5 Uhr Abth. B; allgemeiner Vorverkauf von Dienstag, den 12. d. M., Vormittags 9 Uhr, an.

Im Theater in Baden:

Mittwoch, 13. Nov. 7. Ab.-Vorst. „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Aufzügen. Nach dem Französischen des Socroo und Cormon. Deutsche Bearbeitung von G. Ernst. Musik von Aimé Mallart. Anfang halb 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 9. Nov. 1901. Fast ganz Mitteleuropa liegt unter der Herrschaft einer tiefen, über dem nördlichen Rußland gelegenen Depression; das Wetter ist deshalb trüb und vielfach regnerisch. Die Temperaturen sind nunmehr auch im Süden des Reiches über den Gefrierpunkt gestiegen; Frost herrscht am Morgen nur noch auf der Balkanhalbinsel. Eine wesentliche Witterungsänderung wird wahrscheinlich vorerst nicht eintreten.

Höchste Temperatur am 8. November: 9.0; mittlere der darauffolgenden Nacht: 5.5.

Niederschlagsmenge des 8. November: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 9. Nov.: 3.32 m, gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Seidenstoffe von 75 Pfg. per Meter an. Muster portofrei. Deutschlands größtes Spezialgeschäft. **MICHEL & Co. BERLIN SW. 19** Leipzigerstrasse No. 43, Ecke Markgrafstrasse. Eigene Fabrik in Osnabrück.

En gros. **Julius Strauss, Karlsruhe.** En détail. Kaiserstrasse 143, nächst dem Marktplatz.

Bedeutendes Spezialgeschäft in Bekleidungsarten aller Art: Besatzstoffen, Kasementen, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Cravatten, Häkern. Sühnbiger Empfang von Neuheiten.

C. F. Otto Müller, Permanente Kunst- Kaiserstrasse 144 (Moningerbau)

Um gef. Besichtigung wird gebeten. Kein Kaufzwang.

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Co. Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.

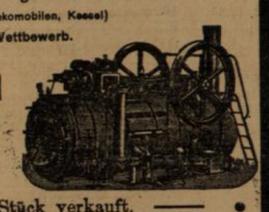
Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystal, Bronze, Christofle-Silber, Panduren, Lampen für Geschenke, Aussteuer, Hotel- und Hausrichtungen.

Todes-Anzeige.
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen unsern lieben Sohn, Bruder Schwager und Onkel
Vinzens Rudolf
 Grossh. Steuerkommisär
 unerwartet in ein besseres Jenseits abzurufen.
Buchen, den 8. November 1901.
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Sonntag Nachmittag 1/3 Uhr, vom Trauerhause dahier.
 O-188

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern innigst geliebten, theuren Gatten, Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Joseph Weinspach
 Grossh. Obergemeister
 nach langem, schweren Leiden, versehen mit den hl. Sterbsakramenten in die ewige Heimath abzurufen.
 Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen
Therese Weinspach, geb. Bergmayer.
 Beerdigung: Montag, den 11. November, Mittags 3 Uhr. Trauerhaus: Jollystr. 22.
 O-195

Werger'sche Brauerei Act.-Ges.
 Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der **ordentlichen General-Versammlung** eingeladen, welche **Dienstag, den 17. Dezember 1. Jg., Vormittags 11 Uhr**, zu Worms in dem Geschäftslokale der Gesellschaft stattfinden wird.
Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1900 bis 30. September 1901.
 2. Bericht des Aufsichtsrathes.
 3. Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Geschäftsrechnung, wie auch Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrathes.
 4. Beschluss über die Gewinnvertheilung.
 Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung theilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens am dritten Tage, oder eine mit den Nummern der hinterlegten Aktien versehene Bescheinigung eines Notars, spätestens am zweiten Tage vor der Versammlung, vor 6 Uhr Abends, zu hinterlegen und zwar:
 in **Worms** bei der Gesellschaftskasse;
 in **Frankfurt a. M.** bei dem Bankhause **G. Ladenburg**;
 in **Mannheim** bei dem Bankhause **W. S. Ladenburg & Söhne**;
 in **Karlsruhe** bei dem Bankhause **Veit & Pomberger**;
 in **Ludwigshafen** bei der **Pfälzischen Bank** und deren Niederlassungen.
 Die Aktionäre erhalten dagegen eine Bescheinigung über die hinterlegten Stücke, gegen deren Rückgabe ihnen dieselben nach der Versammlung wieder auszufolgen sind, sowie die Eintrittskarte zur Generalversammlung.
Worms, den 7. November 1901.
Der Vorstand.
 Karl Werger.

HEINRICH LANZ, MANNHEIM.
 Weltausstellung Paris 1900
 Vicepräsident des Preisgerichts Classe 19
 (Dampfmaschinen, Lokomobilen, Kessel)
 daher ausser Wettbewerb.
Lokomobilen
 von 4—300
 Pferdekraften.
 Ueber 10000 Stück verkauft.
 Gleicher Absatz von keiner anderen Fabrik Deutschlands erreicht!



Thierarzt-Gesuch.
 In hiesiger Gemeinde ist einem tüchtigen Thierarzte günstige Gelegenheit geboten, sich niederzulassen. Festes Einkommen ca. 1800 M. Auftragnehmende wollen sich alsbald an den Gemeinderath wenden. D. 433
Hodenheim, den 31. Oktober 1901.
Der Gemeinderath.
 Lorenz.

Himmelheber & Vier,
 Wäschefabrik, Karlsruhe,
 7739.45 Kaiserstraße 171,
 liefern **Brant- & Kinder-Ausstattungen** in nur gebiegenster Ausführung zu billigen Preisen.
 Streng reelle Bedienung.

Militärinstitut Darmstadt.
Vorbereitung für Fähnrichs-, Marine-, Primaner- u. Freiw.-Examen.
 Programme durch den Vorsteher
Hauptmann a. D. Waldeck.

Bautechniker.
 Ein energischer tüchtiger Bautechniker mit der nöthigen Baupraxis wird zur Bauaufsicht, Führung der Lohnliste, Aufnahme und Abrechnung, für eine größere Baueinrichtung gesucht. Offerten mit Angabe von Referenzen u. Nr. 1898 an **Daasenstein & Vogler, A.-G. Frankfurt a. M.** D-1462
Bürgerliche Rechtskretze.
Konkur.
 D-159. Donauwörth. In dem Konkursverfahren über den Nachlass der Landwirth Hermann Mantel Witwe, Katharina geb. Beha von Unterbränd ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlußtermin auf **Samstag den 30. November 1901, Vormittags 9 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte hier bestimmt.
 Donauwörth, den 7. Nov. 1901.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 P. B. Baujlicher.

D-180. Nr. 22508. Waldshut. Ueber den Nachlass des Schreiners Johann Frey in Eichberg, Gemeinde Bühl wird heute am 6. November 1901, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
 Der Gemeindevorstand Theodor Bornhauser hier wird zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum 4. Dezember 1901 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch den 4. Dezember 1901, Vormittags 11 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch den 18. Dezember 1901, Vormittags 11 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 4. Dezember 1901 Anzeige zu machen.
 Waldshut, den 6. November 1901.
 Großh. Amtsgericht.
 gez. Wieland.
 Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: Hierholzer.

D-156. Nr. 25247. Baden. Ueber das Vermögen des Metzgers Lorenz Kunz in Baden ist heute am 7. November 1901, Vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
 Der Rechtsanwalt Eckert in Baden ist zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum 31. Dezember 1901 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 17, zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Mittwoch den 4. Dezember 1901, Vormittags 10 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch den 15. Januar 1902, Vormittags 10 Uhr**.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Dezember 1901, den 7. November 1901.
 Baden, den 7. November 1901.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Matt.

D-173. Nr. 16471. Ettlingen. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Friedrich Westermann, Inhaber der Firma Karl Westermann zu Ralsch wird heute am 8. November 1901, Vormittags 8 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungsunfähigkeit und Zahlungs Einstellung dargethan hat.
 Der Rechtsanwalt Wilhelm Becker zu Ettlingen wird zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum 1. Dezember 1901 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Dienstag den 19. November 1901, Vormittags 10 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Montag den 9. Dezember 1901, Vormittags 10 Uhr**.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Dezember 1901 Anzeige zu machen.
 Großh. Amtsgericht zu Ettlingen.
 gez. Simper.
 Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: Gut.

D-179. Nr. 50620. Pforzheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Drehermeisters Philipp Jakob Holzäpfel in Pforzheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters der Schlußtermin bestimmt auf **Mittwoch den 18. Dezember 1901, Vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgerichte hier selbst. Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden festgesetzt auf: **Sachsumme fünfzig Mark 70 Pf.**
 Pforzheim, den 6. November 1901.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Vohrer.
 D-160. Nr. 16228. Durlach. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma „Mechanische Schussfabrik Durlach“ in Durlach betr.
 Zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderung ist Termin anberaumt auf **Montag den 2. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst.
 Durlach, den 6. November 1901.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Frank.

D-174. Nr. 32442. Bruch. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Satterlin, Inhabers der Firma W. Satterlin, Nachf. von P. Berlan, in Bruch wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins durch Beschluss des diesseitigen Gerichts vom 2. d. M. aufgehoben.
 Bruch, den 7. November 1901.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Steinmann.
 Bekanntmachung.
 D-172. Baden. In dem Konkursverfahren Karl Theodor Schotterer in Schriesheim soll mit Genehmigung des Großh. Amtsgerichts die Schlussvertheilung erfolgen.
 Hierzu sind verfügbar 9247 M. 26 Pf. wovon 13827 M. 94 Pf. Forderungen ohne Vorrecht gegenüberliegen.
 Ladenburg a. N., 7. November 1901.
 G. G. Seib,
 Konkursverwalter.

Herbbericht für das Großherzogthum auf 8. November 1901.
 Nach den Berichten der Vertrauensmänner der landwirthschaftlichen Bezirksvereine für Weinbaugenden zusammengestellt durch das Großh. Statistische Landesamt. **Nachdruck erwünscht!**

Reborte	Weißwein					Rothwein				
	ertragende Fläche (bzw. Morgen)	Durchschnittsertrag vom bob. Morgen	Gesamtertrag	Wohngehalt (nach Dechste)	Beziehungsgrad	ertragende Fläche (bzw. Morgen)	Durchschnittsertrag vom bob. Morgen	Gesamtertrag	Wohngehalt (nach Dechste)	Beziehungsgrad
Ludwigshafen	17	10	170	?	18	Nicht mehr ver- käuflich	—	—	—	—
Dechtershof	50	25	1250	?	22	flau	wenig	—	—	—
Schallstadt	120	12	1440	62-82	27-30	flau	viel	—	—	—
Wrenzach	151	12	1812	68-75	27-28	zml. gut	1/2 des Herbtes	10	4	40
Zannentisch	100	28	2800	60-70	21-25	flau	viel	—	—	—
Roßweil	300	10,5	3150	58-65	27-29	schlecht	viel	300	10,5	3150
Faisenhäuser	—	—	—	—	—	—	—	61	7,5	457,5
Eichelberg	20	10	200	60-70	30	flau	20	5	8	40
Schriesheim	220	11	2420	65-80	35	flau	?	2	12	24
Rdnigshofen	300	5	1500	76-78	30-35	flau	300	—	—	—

Seegegend:
 Oberes Rheinthal:
 Markgräfler Gegend:
 Kaiserstuhl:
 Kraichgau:
 Bergstraße:
 Taubergegend:

¹ Käufer wollen sich an den Vorstand des Konsumvereins wenden, welcher zu jeder Auskunft bereit ist. ² Weißherbst. ³ Schillerwein.

R-158. Nr. 37004 II. Mannheim. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Konditors Gottlob Bunnz in Mannheim wird auf Antrag des Konkursverwalters gemäß § 134 Ziff. 1 § 93 Konkursordnung angeordnet, daß die am 13. d. Mts. stattfindende Gläubigerversammlung zugleich über den vom Konkursverwalter beauftragten freihändigen Verkauf des Hauses des Gemeinschuldners 2 12 8 hier, Beichluz lassen soll.
 Mannheim, den 7. November 1901.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Ehrst.

D-170.1. Nr. 11.810. Heidelberg. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**
 Die Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung eines Fundaments für eine Lokomotivschleife von 20 m Durchmesser im früheren Man-Redarbahnhof Heidelberg, ungefähr 110 cbm Bruchsteinmauerwerk und 40 cbm Quader umfassend, sind zu vergeben.
 Die Bedingungen und Pläne sind auf der Kanzlei des Unterzeichneten einzusehen. Abgabe derselben erfolgt nicht, hingegen sind Angebotsvordrucke daselbst erhältlich.
 Die Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens **Dienstag den 19. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr**, einzureichen.
 Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage.
 Heidelberg, den 6. November 1901.
 Großh. Bahnbauminister II.

D-169.1. Nr. 28.579. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**
 Zu verkaufen sind nachverzeichnete gebrauchte Maschinen:
 eine Supportdrehbank von 405 mm Spindelhöhe,
 eine Feilmaschine 480 mm Fuß,
 eine Lokomotive, nicht fahrbare Dampfmaschine mit stehendem Kessel von 4 qm Heizfläche.
 Die Verkaufsbedingungen werden auf Wunsch abgegeben. Die Verkaufsgeschäfte können bei uns eingesehen werden.
 Angebote sind schriftlich, portofrei, verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens **10. Dezember 1901** bei uns einzureichen.
 Karlsruhe, den 6. November 1901.
 Gr. Verwaltung der Hauptwerkstätte.

D-171.1. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**
 Die von der Bahn und dem Werkstättebetrieb zurückgelieferten alten **Metallwaaren** als Kupfer, Messing, Blei, Schweiß- und Gußeisen, Stahl, alte Karreifen, Schienen, Schwelken, Auslenkungen zc., ferner mehrere alte Materialtransportwagen für Bahnmeister, Schiebehähnenheile, Drehschrauben, Brückenwaagen, Eisenkonstruktionen, sowie eine alte Supportdrehbank mit Treibriemen werden hier **Donnerstag, 5. Dezember 1901, Vormittags 10 Uhr** beginnend öffentlich versteigert.
 Bis zu genanntem Termin werden auch schriftliche Angebote angenommen. Die Versteigerungsbedingungen und das Materialverzeichnis werden auf postfreie Anfrage von uns abgegeben.
 Karlsruhe, den 7. November 1901.
 Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.